

Die Protestwelle in den USA

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141768>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die junge Generation hat gegen den unmoralischen Krieg rebelliert, sie verurteilt ein ungerechtes soziales System und die heutige Scheinkultur. Sie ist es, die den Vorstoss führen muss, sie allein kann einer demokratischen Aktion den nötigen Dynamismus verleihen.

Nachwort der Redaktion: Die Forderungen, die in den vorstehenden Ausführungen vertreten werden, lassen sich, sinngemäss angepasst, auch auf schweizerische Verhältnisse übertragen. Die Übelstände sind bei uns, auch in den industriellen Regionen, noch nicht so weit gediehen wie in den USA. Wir werden aber mit viel grösserem Einsatz der fortschrittlichen Kräfte des Volkes darüber wachen müssen, dass auch unsere Wirtschaft nicht länger gegen den Grundsatz verstösst, der von Dieter Zeller («Neuer Bund», Nr. 2, 1970) so prägnant formuliert wurde: «Jede ökonomische Tätigkeit, die sich als Selbstzweck betrachtet und vom ‚Faktor Mensch‘ abstrahiert, ist in ihren Grundlagen verfehlt und daher abzulehnen.» Red.

Die Protestwelle in den USA

«Wir können Armut, Rassendiskriminierung, Inflation und Pollution nicht über Nacht aus der Welt schaffen. Aber wir können auch nicht einmal anfangen, sie zu bekämpfen, wenn nicht Schluss gemacht wird mit dem Krieg in Vietnam.»

Dies sind die Worte T. P. Plimptons, der als Präsident der Anwaltskammer von New York den Demonstrationmarsch (20. Mai 1970) dieser höchst konservativen Gruppe von Wall-Street-Advokaten anführte. Sie forderten Nixon auf, Frieden zu schliessen.

Doch Nixon war schon immer gegen solche Äusserungen der Presse. Ihm verdanken die Amerikaner die Einführung der Mundt-Nixon Bill im Jahre 1948, einer Massnahme zur Unterdrückung sogenannter subversiver Tätigkeit, die lange vor McCarthy der freien Meinungsäusserung ein Ende machen wollte.

Als Johnson 1965 erstmals Kampftruppen nach Vietnam beorderte, schrieb Nixon einen Brief an die «New York Times» (29. Oktober 1965), in welchem er erklärte, ein Sieg des Vietkong wäre das Ende der Redefreiheit nicht nur für Asien (wo sie kaum je existiert hat. D. Ü.), sondern auch für die USA», ja, «wenn der Vietnamkrieg verlorengelange, werde das Recht der Meinungsäusserung auf der ganzen Welt verschwinden». «In Kriegszeiten hat die Erhaltung der Freiheit für alle den Vorrang vor der Freiheit des Individuums auf freie Meinungsäusserung – die den Feinden der Freiheit nützen würde.» So Richard Nixon.

Doch was soll man erwidern, fragt *I. F. Stone* in seinem Wochenblatt vom 1. Juni 1970, wenn Gegner Nixons darauf hinweisen, dass die Feinde der Freiheit grössten Gewinn ziehen aus der idiotischen Verbohrtheit, mit der wir amerikanische Militärkräfte in einem Krieg in den Sümpfen Asiens festlegen, unsere Wirtschaft ruinieren und die Nation in zwei feindliche Lager aufspalten – und dies eines Konfliktes wegen, der mit den wirklichen

Interessen Amerikas wenig zu tun hat? Was soll man erwidern, wenn man uns fragt, ob es nicht besser wäre, Rede- und Pressefreiheit, die eine offene Diskussion sichern, hochzuhalten und damit die Möglichkeit, die Nation vor einem katastrophalen Niedergang zu bewahren? *Die Freiheit einschränken, um sie zu beschützen, ist der Slogan aller Totalitären, seien sie nun Kommunisten oder Antikommunisten.*

Wenn Nixon und Agnew mehr und mehr dazu neigen, eine freie Presse als Zuflucht der «Gegner des Vaterlandes» zu betrachten, und mehr und mehr auch McCarthysche Methoden zu empfehlen, so stossen sie heute auf Widerstand selbst bei einstigen Verteidigern ihres Kurses. Ein Roger Hilsman, vom «New Leader», einer äusserst konservativen Publikation, erklärt heute, «Nixons Vietnamisierungspolitik heisse den Krieg fortführen wollen, statt ihn zu beenden». I. F. Stones Weekly, aus dem wir hier zitieren, war anfangs der fünfziger Jahre eine auffällige Ausnahme vom Chor der Autoritätsgläubigen; heute findet er sich im trauten Verein mit Blättern des Luce Dynastie, das heisst der extremen Rechten. Warren Burger, der konservative Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes der USA-, den Nixon zu Anfang seiner Präsidentschaft ernannte, ergriff am 19. Mai vor der amerikanischen Anwaltskammer die Gelegenheit, sich von der Geisteshaltung jener zu distanzieren, die «zuschlagen», die die Nonkonformisten «zusammenhauen» und eine «eiserne Disziplin wiederherstellen» wollen. Warren Burger erklärte nämlich: «In Zeiten der Bedrängnis gibt es immer wieder Stimmen, die verlangen, dass wir grundlegende Rechtsgarantien ‚vorübergehend aufheben‘ und ein gekürztes Recht adoptieren, zu unserem Schutz. Das ist jedoch nicht unsere Art, vorzugehen, ausser in Fällen grosser nationaler Notlage.» Was scheint sich wohl in Washington anzubahnen, das diese Warnung provozierte? (Aus I. F. Stones Weekly, 1. 6. 1970. Red.)

Auswege aus der Krise?

Noch zeigt sich in den USA keine Aussicht auf einen Frieden in Vietnam. Nixon hält beruhigende Reden, doch schwindet das Vertrauen in seine Zusicherungen mit jeder Ansprache, die er «an sein Volk» richtet. Protestmärsche, denen gegenüber der Präsident auf die Zustimmung seiner «schweigenden Mehrheit» sich beruft, scheinen jeder Wirkung bar zu sein. Spürbar für jeden Beobachter ist nur, dass der Zerfall der amerikanischen Nation in zwei feindliche Lager Fortschritte macht und in einer Katastrophe, in einem Bürgerkrieg enden kann.

Es gilt darum aus dieser gefährlichen Sackgasse herauszukommen. Kongresswahlen, bei denen im kommenden Herbst die Hälfte der Abgeordneten (vgl. Nationalräte) und ein Drittel der Senatoren (Ständeräte) gewählt werden, geniessen nicht das Vertrauen der jungen Generation, da nach ihrer Auffassung zu viele Kongressmitglieder, einmal gewählt, die Politik ihren persönlichen Zwecken dienstbar machen. Es ist besonders die Abgeordneten-